

Öffentliche Sitzung
des Gemeinderats
am Mittwoch, den 01.06.2022
im Leutze-Saal des Congress-Centrums Stadtgarten

Beginn: 16:34 Uhr

Ende: 21:05 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

CDU

Herr Stadtrat Johannes Barth

Frau Stadträtin Marianne Barthle

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Frau Stadträtin Natalie-Ulrika Biechele

Herr Stadtrat Martin Bläse

Frau Stadträtin Daniela Dinser

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Helmut Geiger

bis 20:55 Uhr.

Herr Stadtrat Simon Ihlenfeldt

bis 20:05 Uhr

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christian Krieg

Frau Stadträtin Elena Risel

Herr Stadtrat Paul Schneider

Herr Stadtrat David Sopp

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

bis 20:05 Uhr.

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Herr Stadtrat Georg Zimmermann

ab 17:30 Uhr.

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Frau Stadträtin Barbara Bijok

Frau Stadträtin Sabine Braun

Frau Stadträtin Christa Kircher-Beißwenger

Herr Stadtrat Thomas Krieg

Herr Stadtrat Dr. Gerhard Medinger

Herr Stadtrat Karl Miller

Frau Stadträtin Dr. Ina Neufeld

ab 16:09 Uhr.

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

bis 20:55 Uhr.

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

bis 20:57 Uhr.

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Herr Stadtrat Gerhard Bucher

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

bis 20:45 Uhr.

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

Die Linke

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

Herr Stadtrat Sebastian Fritz

Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder

ab 16:34 Uhr bis 20:57 Uhr.

Frau Stadträtin Cynthia Schneider

ab 16:34 Uhr.

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin

Frau Stadträtin Nadine Molinari

Frau Stadträtin Karin Rauscher

Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-
Streit

ab 16:34 Uhr.

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Brigitte Abele

ab 16:12 Uhr bis 20:14 Uhr.

Herr Stadtrat Benedikt Disam

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski

ab 16:10 Uhr.

Herr Stadtrat Alexander Hamler

FDP/FW

Herr Stadtrat Ludwig Majohr

Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

bis 20:50 Uhr.

Integrationsrat

Herr Integrationsrat Andrzej Sielicki

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr René Bantel

Herr Geschäftsführer Peter Ernst

Herr Alexander Groll

Herr Gerhard Hackner

Herr Gerd Hägele

Herr Markus Herrmann

Herr Helmut Ott

Herr Integrationsrat Celestino Piazza

Herr Michael Schaumann

Frau Franka Zaneck

Abwesend:**stellv. Vorsitzender**

Herr Bürgermeister Julius Mihm

CDU

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Herr Stadtrat Christof Preiß

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Markus Hirsch

SPD

Herr Stadtrat Alessandro Lieb

Frau Stadträtin Britta Wertner-Penteker

Die Linke

Herr Stadtrat Andreas Dionyssiotis

Tagesordnung

=====

- 1** Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur in Schwäbisch Gmünd
- 2** Änderung der Besetzung der Ausschüsse und weiteren Gremien des Gemeinderats
hier: Änderung der Besetzung des Verwaltungsausschusses/Eigenbetriebsausschusses sowie
des Bau- und Umweltausschusses/Betriebsausschusses für Stadtentwässerung
- 3** AGENDA 2030 Arbeitskreise (Maßnahme 44 – Maßnahmenkatalog „Gmünd für morgen“)
- 4** Klinikstruktur im Ostalbkreis
- 5** Gewölbekeller Freudental in Schwäbisch Gmünd
Instandsetzung Gewölbekeller
Vergabe der Maurer- und Betonarbeiten
Bezug: Gemeinderatsdrucksache 227/2021
- 6** Einführung einer Satzung über die Erhebung von Parkgebühren in Schwäbisch Gmünd
- 7** Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
- 8** Bekanntgaben
- 9** Anfragen
 - 9.1** Tafel im jüdischen Viertel
 - 9.2** TSB
 - 9.3** PV-Anlagen Innenstadt
 - 9.4** Verbindungswege
 - 9.5** Aspen
 - 9.6** Flüchtlinge
 - 9.7** 9-Euro-Ticket

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

zu 1 Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur in Schwäbisch Gmünd

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold führt in den Sachverhalt ein und bedankt sich bei Herrn Prof. Hölzle und bei den Vertretern von Lhyfe. Es sei der Einstieg in die Transformation.

In einer Videobotschaft betont Landrat Dr. Bläse die Wichtigkeit dieses Themas.

Herr Prof. Dr. Hölzle präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Oberbürgermeister Arnold betont, dass man größer Denken müsse bei diesem Thema. Man habe eine innovative Wirtschaft, den Mutigen gehöre die Welt. Er sei froh, dass der Gemeinderat diesen Mut teile und man vorangehe. Schwäbisch Gmünd werde auf der Wasserstoff-Karte Europas leuchten.

Stadtrat Sopp/CDU bedankt sich für den Vortrag.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen erkundigt sich, wie das Gas transportiert werde. Sie erkundigt sich, ob der Wasserstoff flüssig über Pipelines transportiert werde. Sie erkundigt sich nach einer bildlichen Darstellung des Elektrolyseurs.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass Lhyfe dies vorstellen werden.

Herr Prof. Dr. Hölzle antwortet, dass man einen Stromüberschuss haben werde, dieser könne künftig genutzt werden, um Wasserstoff zu produzieren. Der Wasserstoff könne zwischen Tag und Nacht und zwischen Sonne und Wind ausgleichen. Der Wasserstofftransport erfolge über Pipelines, da dies der günstigste Weg sei. Er werde im gasförmigen Zustand transportiert. Ein Elektrolyseur sei eine technische Maschine, man könne es optisch aufwerten.

Stadtrat Majohr/FDP/FW erkundigt sich nach den Maßnahmen, die man ergreifen müsse, um Explosionen zu vermeiden. Außerdem erkundigt er sich, was mit dem anfallenden Wasserstoff passiere. Er erkundigt sich zudem, wie man die Betriebsfeuerwehr aufstellen müsse, da dies von der freiwilligen Feuerwehr nicht abgedeckt werden könne.

Herr Prof. Dr. Hölzle antwortet, dass man es am besten mit Erdgas vergleichen könne. Die Sicherheit könne man beherrschen, man müsse die richtigen Materialien verwenden. Den Sauerstoff blase man über das Dach ab. Es gebe Brennstoffzellenfahr-

zeuge mit Wasserstofftanks, es gebe Anweisungen für die Feuerwehr mit dem Umgang. Es gehe um keinen Energieverbund.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE erkundigt sich, was er sich unter Aspen vorstelle.

Prof. Dr. Hölzle antwortet, dass man mit einem Elektrolyseur anfangen und dann die Firmen hole. Es sei einzigartig in Baden-Württemberg, innovative neue Industrie mit dem Thema Wasserstoff anzusiedeln.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen erkundigt sich, wann die Pipeline gebaut werde und ihren Betrieb aufnehmen.

Herr Michels antwortet, dass man eine Pipeline baue, wenn es auch entsprechend nachgefragt werde. Man wolle es so früh wie möglich machen.

Herr Prof. Dr. Hölzle antwortet, dass Wasserstoff günstiger als andere Kraftstoffe sei. Um das Thema bei Lkws voranzubringen, müsse man verschiedene Tankstellen bauen. Ein Lkw fahre 800 km mit einer Füllung. Außerdem betont er, dass HyFIVE entsprechende Fördergelder erhalte.

Herr Louvet und Herr Michels (Lhyfe) präsentieren den Sachverhalt (siehe Anlage).

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass man sich immer fragen müsse, wo der grüne Wasserstoff herkomme. Wenn man den Wasserstoff weit transportieren müsse, dann bringe der grüne Wasserstoff nichts.

Stadtrat Sopp/CDU bedankt sich für den Vortrag. Es sei sehr gut gelungen, die technischen Details verständlich zu erklären. Wenn man sich anschauen, wie man die Energie speichere, so sehe man hier eine Schlüsselenergie, auch für die Zukunft. Er erkundigt sich nach dem Nutzungsgrad. Für Schwäbisch Gmünd sei es der richtige Weg, insbesondere in Bezug auf Aspen. Auch wenn die Nachfrage derzeit nicht so groß sei, helfe manchmal auch ein Angebot, die Nachfrage zu erzeugen. Hier gehe man in die richtige Richtung. Er erkundigt sich, ab wann es grünen Wasserstoff in Schwäbisch Gmünd gebe.

Herr Michels antwortet, dass es nicht pauschal zu beantworten sei. Es seien aktuell zwischen 70 und 80 Prozent. Man werde den ersten Wasserstoff nächstes Jahr produzieren.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich ebenfalls für die motivierenden Vorträge. Er plädiert für eine lokale Erzeugung des Stroms, man solle den Strom selbst durch Windkraft produzieren. Man müsse vorwärtsgehen und müsse es unterstützen. Es gebe auch Gegner und man müsse in die Auseinandersetzung gehen. Er erkundigt sich, wie viel neue Windenergie man benötigen würde, wenn man die Energie lokal herstellen wolle. Es gehe ja auch um Aspen, er bittet daher um einen Ausblick. Außerdem erkundigt er sich, wann man die Einspeisung ins Erdgasnetz angehe, ob dies sofort erfolge oder ob man dies als Puffer habe, wenn es noch nicht so viel Nachfrage gebe. Eine Kwh Strom auf Wasserstoff umgerechnet, seien 1 Euro Herstellungskosten.

Herr Markert antwortet, dass man sechs Windkraftanlagen benötige.

Herr Ernst antwortet, dass man 10 Prozent problemlos aufnehmen könne.

Herr Groll antwortet, dass man die Gaseinspeiseanlage über ein weiteres Förderprogramm laufen lassen wolle. Man sei zusammen mit der Firma Lhyfe dran.

Herr Louvet antwortet, dass man das Projekt über 15 Jahre rechne.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE bedankt sich ebenfalls für die Vorträge. Er erkundigt sich, ob Lärmemissionen entstehen würden. Man habe in Schwäbisch Gmünd Busunternehmen, es sei ein lukrativer Markt.

Herr Louvet antwortet, dass es wie ein Elektroauto funktioniere.

Stadträtin Biechele/CDU bedankt sich für den Vortrag. Sie erkundigt sich, ob man im Hinblick auf potentielle Abnehmer bereits Gespräche mit Unternehmen vor Ort geführt habe. Außerdem erkundigt sie sich, wie viele Arbeitsplätze geschaffen werden würden.

Herr Louvet antworte, dass man dies noch machen werde.

Herr Michel führt aus, dass eine Person dauerhaft vor Ort sei, es würden jedoch indirekt neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Prof. Dr. Hölzle ist optimistisch, dies zeige die Erfahrung. Die Energiewende gehe nicht über Nacht.

Zum Abschluss des Tagesordnungspunktes freut sich Herr Rentschler (Geschäftsführer IHK Ostwürttemberg) in einer Videobotschaft darüber, dass man die Zukunftsthemen anpacken wolle. Schwäbisch Gmünd sei beim Thema Wasserstoff Vorreiter.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.4, 60

nachrichtlich an Amt:

- zu 2 Änderung der Besetzung der Ausschüsse und weiteren Gremien des Gemeinderats**
hier: Änderung der Besetzung des Verwaltungsausschusses/Eigenbetriebsausschusses sowie des Bau- und Umweltausschusses/Betriebsausschusses für Stadtentwässerung
Vorlage: 098/2022

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt der Besetzungsänderung der Fraktion „Christlich Demokratische Union Deutschlands“ in den Ausschüssen des Gemeinderats (siehe Anlage) zum 01.06.2022 zu.
2. Der Gemeinderat stimmt der Besetzungsänderung der Fraktion „Die Bürgerliste“ in den Ausschüssen des Gemeinderats (siehe Anlage) zum 01.06.2022 zu.
3. Der Gemeinderat stimmt der Besetzungsänderung der Fraktion „DIE LINKE“ in den Ausschüssen des Gemeinderats (siehe Anlage) zum 28.07.2022 zu.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.1
nachrichtlich an Amt:

zu 3 **AGENDA 2030 Arbeitskreise (Maßnahme 44 – Maßnahmenkatalog „Gmünd für morgen“)**
Vorlage: 102/2022

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold schlägt vor, die Arbeitskreise wie vorab besprochen zu besetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt die Geschäftsordnung für die Agenda 2030 Arbeitskreise
2. Der Gemeinderat benennt die ständigen Mitglieder für die Arbeitskreise Klimarat, Mobilität und Eine Welt. In Ergänzung zur Anlage werden für die SPD-Fraktion folgende Vertreter benannt: Tim-Luka Schwab für den Arbeitskreis Klimarat, Dr. Uwe Beck für den Arbeitskreis Mobilität und Britta Wertner-Penteker für den Arbeitskreis Eine Welt. Darüber hinaus beantragen die Fraktionen, eine Vertreterin des BUND mit aufzunehmen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11
nachrichtlich an Amt:

zu 4 **Klinikstruktur im Ostalbkreis**

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold führt in den Sachverhalt ein. Es gehe darum, Fragen zu beantworten. Es sei nichts entschieden, der Kreistag werde eine Entscheidung treffen. Man sei in einer Willensbildung.

Frau Pansow, Herr Schneider, Herr Prof. Dr. Solzbach stellen den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Herr Prof. Dr. Hebarth erläutert, dass die Strukturverfahren es erschweren würden. Man müsse schauen wie man es kompensiere. Die Bundesgesetzgebung führe zu einer weiteren Verschärfung. Das Wichtigste sei die Qualität der Patientenversorgung. Die Rahmenbedingungen seien schwieriger geworden. Durch größere Teams habe man mehr Kompetenz im Krankenhaus.

Herr Wöller führt aus, dass die Überlastung überall vorhanden sei. Vor allem die Pandemie habe sich stark ausgewirkt. Viele Betten seien derzeit aufgrund des Personalmangels nicht belegbar. Entsprechende Maßnahmen zur Personalgewinnung habe man bereits gemacht. Ein weiter so könne es nicht geben, denn dann werde man Qualitätslücken haben. Die Gefahr sei groß, dass bestimmte OPs am Stauferklinikum nicht durchgeführt werden könnten. Man habe eine hohe Anzahl an Zertifizierungen und Qualitätszentren. Der Gesetzgeber zwingt zu einer Bündelung. Der Plan von 2018 sei gescheitert. Aus diesen Zwängen heraus müsse die Struktur neu überwacht werden. Man habe auch eine Lenkungsgruppe eingerichtet. Mutlangen sei sehr sanierungsbedürftig. Er spricht sich für einen gemeinsamen Neubau mit medizinischem Angebot auf hohem Niveau an der B29 aus. Oberstes Ziel sei der Verbleib in öffentlicher Trägerschaft und das Patientenwohl. Man beobachte genau, was auf das Stauferklinikum zukomme. Es müsse Veränderungen geben.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich für die Statements. Es zeige die Vielfältigkeit. Man dürfe nicht zu schwarzmalen. Man habe eine Versorgung auf hohem Niveau und es gebe Druck. Bei allen guten Argumenten solle man im Hinterkopf behalten, dass die Versorgung auf hohem Niveau nicht von ungefähr kommen würde. Es komme daher, dass die Standorte gute Leistung bringen würden. Bei einer Zentralisierung würde man ein destruktives Ereignis schaffen und nicht evolutionär vorgehen. Dies halte er für entscheidend, was dies für die jeweiligen Rauschhaften bedeute. Ein Aspekt sei wichtig: Niemand garantiere, dass die Personalsituation sich ändere. Man habe die Erfahrungen gemacht, dass die Leute trotzdem fehlen, dies habe man auch in Altenheimen gemerkt. Er wolle davor warnen, dass das Neue alle Probleme lösen werde.

Stadtrat Thomas Krieg/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für den fundierten Vortrag. Er habe viel gelernt. Wenn man zwei Kliniken zusammenlege, dann werde man nicht mehr Personal haben und nicht mehr Personal gewinnen können. Die Zahl der Patienten werde auch bleiben. Wie könne man dies lösen? Wie sei eine hohe Quantität dann gewährleistet?

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Er könne es nachvollziehen, wenn man es zusammenfasse, müsse man zu einer Zentralisierung in der Logik kommen. Es sei ein emotionales Thema, es gehe auch um die Notfallversorgung.

Stadtrat Christian Krieg/CDU führt aus, dass die Arbeitslosenzahlen gesunken seien. Es müsste doch dann auch so viel Geld wie noch nie im Gesundheitssystem sein. Warum komme es nicht im Krankenhaus an? Die Rahmenbedingungen seien sehr ausführlich beschrieben worden. Er erkundigt sich, wie in Kliniken, die als Aktiengesellschaft geführt werden, dennoch Geld verdient werden.

Herr Prof. Dr. Solzbach antwortet, dass es um die Frage gehe, was man mit dem wenigen Personal mache, was man dann noch zur Verfügung habe. Die Notfallversorgung werde nicht tangiert. Die Frage sei, wo der Notarzt hinfahre. Das Geld komme nicht an.

Herr Schneider ergänzt, dass Geld da gewesen sei, es habe eine gute Beitragslage gegeben. Seit der Pandemie seien die Krankenkassen defizitär. Seitdem sei das Geld nicht mehr so da. Man müsse aus dem Sturm herauskommen und die Bürger mitnehmen.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE bedankt sich für den Vortrag. Er führt aus, dass die Dienstleistungsgesellschaft Ver.di davor gewarnt habe, dass es in Baden-Württemberg keine Planung gebe, wo welches Krankenhaus an welchem Standort bleiben solle. Momentan werde daher nach rein ökonomischen Aspekten entschieden und nicht nach Aspekten der Versorgungssicherheit. Man entscheide dann auch auf dieser Grundlage.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen erkundigt sich, warum so viel Personal gehe? Wo bleibe die Attraktivität des Arztberufes in einer Klinik? Gehe es um die Bezahlung oder habe man einen Fehler im System? Könne es sein, dass man die Schiene der Oberärzte ausgedehnt habe? Die Oberärzte hätten immer mehr Menschen zu versorgen. Stationsärzte würden direkt von der Universität in den Praxisbetrieb hineingeworfen. Diese Dinge bekomme man mit einer Zusammenlegung auch nicht geregelt. Könne man etwas an der Bezahlung ändern? Es stimme die Gewichtung nicht, wenn man Honorarkräfte bezahle. Es seien verschiedene Dinge, die verschoben seien.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW bedankt sich für den informativen Vortrag. Es sei ein emotionales Thema, dies könne man auch in Geislingen sehen. Alle Kliniken und Landkreise würden vor dem gleichen Problem stehen. Gebe es Ideen, über die Kreisgrenzen hinaus zu denken? Man solle Synergien nutzen. Man müsse den Blick weiten und eine höhere Flughöhe einnehmen.

Herr Prof. Dr. Solzbach antwortet, dass man es nicht planlos mache. Es gebe eine sogenannte 30-Minuten-Regel. Diese sei sehr schwer einzuhalten. Wie erreiche man möglichst viele Bürger im Kreis? Man denke auch über die Kreiskliniken hinaus. Man

habe auch eine Kooperation.

Herr Prof. Dr. Hebarth führt aus, dass man sehr gut in der Rekrutierung sei. Als Lehrkrankenhaus der Universität Ulm habe man die beste Bewertung. Man rekrutiere jedes Jahr drei bis vier Ärztinnen. Teilzeit und Elternzeit seien problematisch. Man müsse attraktiv sein und ein gutes Team haben. Um die gleiche Leistung zu erbringen, habe man einen höheren Personalbedarf.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass man im westlichen Teil ein großes Einzugsgebiet habe, das über den Landkreis hinausgehe.

Stadtrat Tickert/Bündnis 90/Die Grünen betont, dass der Kreistag die Entscheidung nur auf Grundlage einer guten Information der Bevölkerung treffen könne. Hier müsse man eine Strategie entwickeln, um die Menschen mitzunehmen.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste äußert, dass es ihn an das Märchen vom Hase und dem Igel erinnere. Der Igel sei die Gesetzgebung und der Hase sei das Krankenhaus, das davor hergetrieben werde. Dieser Zustand werde sich in nächster Zeit nicht ändern. Man versuche, die jetzige Situation zu entscheiden durch eine Zusammenlegung. Dies werde langfristig nicht ausreichen. Im Gesundheitswesen würden noch weitere Überraschungen vom Gesetzgeber kommen. Man solle daran denken, wie man auf die Gesetzgebung einwirken könne. Man müsse eine sinnvolle Finanzausstattung der Kliniken schaffen. Man gehe davon aus, dass künftig kein Personalmangel mehr bestehe. Man hole sich dieses dann von anderen Kliniken. Was habe dies für Konsequenzen für bestehende Kliniken? Diese könnten dem Auftrag der Grundversorgung nicht mehr nachkommen. Hier sehe er einen erheblichen Nachteil bei der Fokussierung auf das Zentralklinikum. Liege eine Bedarfsanalyse für jedes Klinikum vor? Welche Menschen kommen woher und wie werden sie behandelt? Welche Schlussfolgerungen könne man aus dieser ziehen?

Stadtrat Relea-Linder/DIE LINKE bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Es werde immer von einer emotionalen Debatte gesprochen, man könne es aber auch nüchtern sehen. 35 Prozent Steuern würde jeder sozialversicherungspflichtig Beschäftigte abdrücken, daher sei es legitim, dass man eine Gesundheitsversorgung möglichst nahe am Wohnort habe. Er gebe Stadtrat Dombrowski Recht. Es sei erschreckend, welche Herausforderungen der Gesetzgeber an ein Klinikum bringe. Wie sei der Kontakt zur Landesregierung, zu Minister Lucha? Gebe es Pläne, Gespräche? Wie solle dies in Zukunft, auch in Kooperation mit der Landesregierung funktionieren? Es seien verschiedene Beratungen beauftragt worden mit der Erkenntnis, man solle bündeln. Man fühle sich überfahren. Warum sei bisher nichts passiert, warum jetzt und warum so schnell?

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen: erkundigt sich, was die Zentralisierung bringe in Bezug auf das Defizit und was es kosten würde, diese nicht zu vorzunehmen? Wie seien die Betten verteilt? Sei es bereits ein Hinweis auf den Pflegekräftemangel, wo er am meisten herrsche? Die zeitkritischen Fälle hätten auch Vorrang im Zentralklinikum. Wo würden die Patienten hingehen, die nicht zeitkritisch seien?

Herr Prof. Dr. Solzbach äußert, dass es nicht anders gehe. Man müsse die Aufklärungsarbeit machen. Man habe auch schon einen Plan, am 28.06.2022 sei ein Bür-

gerdialog. Hier habe man eine Expertenrunde, jeder Bürger könne online Fragen stellen. Die Strategie sei vorhanden. Man versuche es so gut wie möglich mit Fakten zu untermauern, so gut es gehe. Das Zentralklinikum sei kleiner. Man müsse schauen was man mit den Mitarbeitenden mache, die man noch zur Verfügung habe. Die Bedarfsanalysen würden vorliegen. Man habe keine schlechten Signale aus dem Sozialministerium bekommen. Sie seien froh, dass man aufgewacht sei.

Herr Schneider ergänzt, dass der Trend bundesweit so sei.

Frau Pansow äußert in Bezug auf den Personalmangel, dass man bei einer Zusammenlegung personelle Effekte hätte. Die Bedarfsanalyse sei gemacht worden, die Defizite seien erkennbar.

Herr Schneider führt aus, dass man die Leistungen, die man selbst machen könne, auch machen wolle. Man wolle kein Personal verlieren.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, welche Rendite man mit einer Zentralisierung herausholen und welche, wenn man diese nicht mache. Was müsse der Kreistag dann an finanziellen Mitteln bereitstellen?

Herr Schneider erläutert die Kalkulierung.

Herr Prof. Dr. Solzbach äußert, dass sich die Betten auf alle Standorte gleichmäßig verteilen würden.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen erkundigt sich, ob bereits Gespräche mit der Kreisärzteschaft und den Rettungsdiensten stattgefunden hätten und ob man bereits Interimsmaßnahmen ausgearbeitet hätte. Liege ein Nachnutzungskonzept vor? Dass diese bis zum 12.07.2022 vorliegen, sei unmöglich. Sie erkundigt sich, wo das Beratungsinstitut bereits Gutachten erstellt und Lösungen entwickelt habe. Wo seien diese beschlossen und auch umgesetzt worden? Man solle über den Tellerrand hinaus blicken.

Stadtrat Sopp/CDU erkundigt sich, ob bereits Beschäftigungsverbote aufgrund der einrichtungsbezogenen Impflpflicht ausgesprochen worden seien.

Stadtrat Relea-Linder/DIE LINKE findet den Zeitplan sehr sportlich und nicht umsetzbar. Er erkundigt sich, wann eine finale Entscheidung getroffen werden solle.

Herr Prof. Dr. Solzbach antwortet, dass es sehr sportlich sei, was man sich vorgenommen habe. Je länger es dauere, desto schlimmer werde es. Man habe es geplant.

Herr Schneider führt aus, dass man landes- und bundesweit vernetzt sei. Auch die Städte Göppingen, Heilbronn und der Ortenaukreis seien dran.

Herr Prof. Dr. Solzbach betont, dass die Zeit dränge und man schaue, dass man so viel wie möglich mache. Nochmal ein Jahr verstreichen lassen, könne man nicht. Man habe noch kein Personal wegen der einrichtungsbezogenen Impflpflicht freigestellt. Er werde auch dafür kämpfen, dass niemand freigestellt werde.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass Bürgerbeteiligung Zeit brauche. Man müsse die Menschen mitnehmen. Man müsse in einen Veränderungsprozess mit Schwerpunktbildung einsteigen. Es stelle sich die Frage, ob man einen Befreiungsschlag durch destruktives oder evolutionäres Vorgehen machen wolle. Warum sollten die erfolgreichen Strukturen zerschlagen werden? Der Punkt mit dem Zentralklinikum koste Geld. Wenn das Zentralklinikum gebaut werde, müssten dafür die Mittel bereitgestellt werden. Dann werde dort in die gewachsenen Strukturen nicht mehr investiert. Warum sollte das gemacht werden? Dies sei dann nicht mehr vermittelbar. Dies betreffe dann ab der ersten Sekunde jeden. Die Fraktionen sollen eine Willensbildung vorantreiben, am 29.06.2022 werde man sich mit dem Gemeinderat Mutlangen positionieren.

**zu 5 Gewölbekeller Freudental in Schwäbisch Gmünd
Instandsetzung Gewölbekeller
Vergabe der Maurer- und Betonarbeiten
Bezug: Gemeinderatsdrucksache 227/2021
Vorlage: 091/2022**

Protokoll:

Herr Caesar präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Oberbürgermeister Arnold weist darauf hin, dass es eine Abwägung sei. Man könne es finanziell schultern. Wenn man es verschiebe, werde es nicht besser.

Stadtrat Bläse/CDU äußert, dass es ein strukturelles Problem zu sein scheint, Angebote zu bekommen. Er bittet um Detailinformationen zur Vergabe.

Herr Caesar antwortet, dass die Handwerker sich in dem überhitzten Markt die Baustellen aussuchen könnten. Es seien risikoreiche Aufgaben. Man könne den Markt nicht ändern. Man habe vier Interessenten in der ersten Runde gehabt, die man auch noch angerufen habe.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE bittet darum, dass die verspätete Vorlage die Ausnahme bleibe.

Oberbürgermeister Arnold weist darauf hin, dass dies aufgrund des Zeitplans so im Ältestenrat vereinbart habe.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Vergabe der Maurer- und Betonarbeiten bei der Instandsetzung des Gewölbekellers im Freudental in Schwäbisch Gmünd an **die Firma Kolb aus Heubach mit einer Angebotssumme von 241.619,68 €/brutto.**

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 65
nachrichtlich an Amt:

**zu 6 Einführung einer Satzung über die Erhebung von Parkgebühren in Schwäbisch Gmünd
Vorlage: 085/2022**

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold bittet darum, die Satzungsänderung so zu machen, dass man für den Himmelsgarten eine Regelung schaffe.

Stadtrat Bläse/CDU äußert, dass die Fraktion so nicht mitgehen könne. Man führe etwas Neues ein und ändere es in sechs Wochen wieder ab. Man nehme den Himmelsgarten neu hinein und solle ihn so beschließen, dass man ihn nicht wieder ändere. Die Ehrenamtlichen hätten seither auch von E-Autos Gebühren erhoben. Er beantragt, den Himmelsgarten für E-Autos nicht kostenfrei zu machen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man den Himmelsgarten dann von allem anderen ausgrenze.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass er in der Vorberatung erläutert habe, dass man über E-Autos diskutieren müsse. In der Fraktion habe man noch keine abschließende Meinung gebildet. Man benötige Bedenkzeit und wolle sich diese auch nehmen.

Stadträtin Heusel/SPD zeigt sich verwundert, das im Verwaltungsausschuss ein anderer Antrag gekommen sei. Man habe seit 2015 ein Elektromobilitätsgesetz, mit dem durch verschiedene Instrumente die E-Mobilität gefördert werden solle. Auf dem Himmelsgarten sei bisher von allen abkassiert worden. Wenn man nun hingehe und kurzfristig etwas verändern wolle, dann sei dies so nicht in Ordnung. Wenn man für die E-Autos in der gesamten Stadt etwas verändern wolle, müsse man sich besser damit auseinandersetzen. Man könne beispielsweise die Parkzeit begrenzen. Im Himmelsgarten eine Veränderung zu machen, sei es ein abgegrenztes Gebiet. Man könne mitgehen, habe aber Bauchschmerzen.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE wirbt für einen Beschluss für die Parkgebühren. Die vorgeschlagenen Sätze seien vertretbar. Die bisherige Regelung habe keine Ausnahme für das Parken mit E-Autos vorgesehen. Bisher hätten alle bezahlt, daher sehe er keinen Anlass, eine Neuordnung zu schaffen. Der Himmelsgarten werde von vielen Menschen besucht, die keinen Eintritt bezahlen. Man halte es daher für vertretbar, von

den Besuchern eine Art Eintritt über die Parkgebühren zu verlangen. Man erwarte, die Diskussion für das gesamte Stadtgebiet dieses Jahr noch zu führen.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen stimmt den Vorrednern zu.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste sieht eine Verlagerung der Fahrzeuge in die Wohngebiete. Er stimme daher für den Vorschlag der Verwaltung.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW regt an, die Verhältnisse in der Innenstadt zu ändern. Es sei eine nicht sachgerechte Abwägung. Man erwerbe kein E-Auto aufgrund des kostenlosen Parkens.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste stimmt dem CDU-Antrag zu. Ihr sei nicht bekannt, dass es in Rehnenhof/Wetzgau Parkgebühren gebe. Jeder, der in den Himmelsgarten wolle, solle auch etwas bezahlen.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen findet es das falsche Signal an die Öffentlichkeit. Man solle es grundsätzlicher diskutieren. Er stimme daher dem Verwaltungsantrag zu.

Abstimmungsergebnis und Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt mehrheitlich der vorgelegten Satzung über die Erhebung von Parkgebühren in Schwäbisch Gmünd, einschließlich der von der von CDU-Fraktion beantragten Änderung, dass

- im Innenstadtbereich vorläufig keine Veränderungen vorzunehmen und weiterhin E-Fahrzeuge kostenlos parken können und
- im Himmelsgarten auch Parkgebührenpflicht für E-Fahrzeuge besteht, zu.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

zu 7 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen Vorlage: 100/2022

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Annahme der in den Anlagen aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen zu.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 8 Bekanntgaben**Protokoll:**

Keine.

zu 9 Anfragen**zu 9.1 Tafel im jüdischen Viertel****Protokoll:**

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE äußert, dass der Text auf der Tafel im jüdischen Viertel in der Imhofstraße verharmlosend und beschönigend sei.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man es an das Stadtarchiv zur Prüfung weitergebe.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 45
nachrichtlich an Amt:

zu 9.2 TSB**Protokoll:**

Stadtrat Fritz/DIE LINKE erkundigt sich nach dem aktuellen Stand beim TSB. Er möchte wissen, ob eine Einigung erzielt werden könne und ob die Verwaltung involviert sei.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man sich vereinsintern nicht einmische. Für die Fußballer gehe es weiter. Man bemühe sich seit Wochen um einen Termin. Man habe ein konkretes Angebot gemacht, man bemühe sich darum, eine Lösung zu finden.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40, 60
nachrichtlich an Amt:

zu 9.3 PV-Anlagen Innenstadt**Protokoll:**

Stadtrat Hamler/Die Bürgerliste erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zur Anbringung von Photovoltaik-Anlagen in der Innenstadt.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass die Stadt darüber nicht entscheiden könne. Man könne es daher momentan nicht zulassen.

Herr Hackner führt aus, dass man es mit der Ministerin sowie dem Landesdenkmalamt besprochen habe. Weitere Erkenntnisse gebe es hierzu bisher nicht.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 60

zu 9.4 Verbindungswege**Protokoll:**

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen erkundigt sich nach den Verbindungswegen vom Hardt und der Oberbettringer Straße. Diese seien momentan geschlossen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies prüfen werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30, 66
nachrichtlich an Amt:

zu 9.5 Aspen

Protokoll:

Stadtrat Dr. Beck/SPD bittet darum, dass man zu Aspen Infos zum Stand der Grundstücksverkäufe und der Firmen erhalte.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man die Anregung aufnehme.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.6, 60
nachrichtlich an Amt:

zu 9.6 Flüchtlinge

Protokoll:

Stadtrat Majohr/FDP/FW erinnert an das Versprechen, die Zusammenführung von Alt-Flüchtlingen zur Chefsache zu machen. Man solle hier keinen Unterschied zwischen diesen und den ukrainischen Flüchtlingen machen.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich für den Hinweis, diesen nehme man gerne auf.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 50
nachrichtlich an Amt:

zu 9.7 9-Euro-Ticket

Protokoll:

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste bittet darum, das 9-Euro-Ticket besser zu kommunizieren, da viele weiterhin die normalen Preise bezahlen würde.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass die Stadt hierfür nicht zuständig sei.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt:

nachrichtlich an Amt: 11

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: